

Weizenbaum Report 2022: Politische Partizipation in Deutschland

Heger, Katharina; Leißner, Laura; Emmer, Martin; Strippel, Christian

Erstveröffentlichung / Primary Publication

Forschungsbericht / research report

Diese Arbeit wurde durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert (Förderkennzeichen: 16DII121, 16DII122, 16DII123, 16DII124, 16DII125, 16DII126, 16DII127, 16DII128 - Deutsches Internet-Institut). / This work has been funded by the Federal Ministry of Education and Research of Germany (BMBF) (grant no.: 16DII121, 16DII122, 16DII123, 16DII124, 16DII125, 16DII126, 16DII127, 16DII128 - Deutsches Internet-Institut).

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Heger, K., Leißner, L., Emmer, M., & Strippel, C. (2022). *Weizenbaum Report 2022: Politische Partizipation in Deutschland*. (Weizenbaum Report, 3). Berlin: Weizenbaum Institute for the Networked Society - The German Internet Institute. <https://doi.org/10.34669/wi.wr/3>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

WEIZENBAUM REPORT 2022

Politische Partizipation in Deutschland



WEIZENBAUM REPORT 2022

Politische Partizipation in Deutschland

Katharina Heger, M.A. \ Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft, Berlin \
Freie Universität Berlin

Laura Leißner, M.A. \ Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft, Berlin \
Freie Universität Berlin

Prof. Dr. Martin Emmer \ Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft, Berlin \
Freie Universität Berlin

Christian Strippel, M.A. \ Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft, Berlin \
Freie Universität Berlin

MITARBEIT

Jun.-Prof. Dr. Pablo Porten-Cheé \ Universität Heidelberg \ Weizenbaum-Institut für die vernetzte
Gesellschaft, Berlin \ Freie Universität Berlin sowie **Sofie Jokerst, B.A.** \ Weizenbaum-Institut für die
vernetzte Gesellschaft, Berlin \ Freie Universität Berlin

KONTAKT

Prof. Dr. Martin Emmer
martin.emmer@fu-berlin.de

DOI 10.34669/wi.wr/3

ISSN 2748-9302

HERAUSGEBER

Der Vorstand des
Weizenbaum-Institut e.V.
Prof. Dr. Christoph Neuberger
Prof. Dr. Sascha Friesike
Prof. Dr. Martin Krzywdzinski
Dr. Karin-Irene Eiermann

Hardenbergstraße 32
10623 Berlin

Tel.: +49 30 700141-001
E-Mail: info@weizenbaum-institut.de
Web: www.weizenbaum-institut.de

Der Weizenbaum Report 2022 „Politische
Partizipation in Deutschland“ wurde
durch das Bundesministerium für Bil-
dung und Forschung (BMBF) gefördert
(Förderkennzeichen 16DII121, 16DII122,
16DII123, 16DII124, 16DII125, 16DII126,
16DII127, 16DII128 – Deutsches Inter-
net-Institut).

LIZENZ

Diese Veröffentlichung ist unter der
Creative-Commons-Lizenz „Namensnennung
4.0 International“ (CC BY 4.0) lizen-
ziert: [https://creativecommons.org/li-
censes/by/4.0/deed.de](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de)

Weiterführende Informationen zur Arbeit
des Weizenbaum-Instituts und der
Forschungsgruppe „Digital Citizenship“
finden sich im Internet [hier](#).

GESTALTUNG

Karen Fischäder

BILDNACHWEISE

Titelbild: Unsplash \ Lewis Parsons

Die Untersuchung politischer Partizipation in Deutschland 2021

Auch im Jahr 2021 stand die politische Partizipation von Bürger:innen in Deutschland im Zeichen der COVID-19-Pandemie. Mehrere Infektionswellen schränkten das soziale Leben weiterhin ein und nahmen Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung und das politische Engagement: Großveranstaltungen wie Demonstrationen konnten nicht oder nur unter Auflagen im Rahmen des Infektionsschutzes durchgeführt werden, relevante Teile des politischen Diskurses und des politischen Handelns fanden im Internet statt.

Die Längsschnittstudie zu politischer Partizipation, die die Forschungsgruppe „Digital Citizenship“ des Weizenbaum-Instituts für die vernetzte Gesellschaft seit 2019 durchführt, befasst sich mit dem politischen und sozialen Engagement in Deutschland. Die forschungsleitende Frage nach der Nutzung digitaler Medien und ihrem Einfluss auf politisches Handeln wurde in diesem Jahr durch Fragen zu politischen Geschlechternormen und feministischen Einstellungen ergänzt. Sie sollen Aufschluss über die Hintergründe für geschlechtsbezogene Ungleichheiten in der politischen Partizipation geben (S. 10–11). Ein weiterer Schwerpunkt der Untersuchung bezog sich auf die Wahrnehmung und Verbreitung von Falschnachrichten („Fake News“) und Hassrede („Hate Speech“) in sozialen Medien (S. 11–12).

Der Weizenbaum Report dokumentiert jährlich ausgewählte Befunde dieser bevölkerungsrepräsentativen Längsschnittuntersuchung, die von Oktober bis Dezember 2021 zum dritten Mal durchgeführt wurde. Die Besonderheit dieser Studie, durch die sie sich von vielen anderen Datenerhebungen unterscheidet, ist das sogenannte Paneldesign, bei dem dieselben Personen jedes Jahr erneut befragt werden. Dieses Studiendesign ermöglicht es, Veränderungen im Hinblick auf die Mediennutzung, die politische Partizipation oder bestimmte politische Einstellungen im Zeitverlauf sehr detailliert verfolgen zu können.

Weiterführende Informationen zum Weizenbaum Panel, zu den methodischen Details der Erhebungen sowie alle früheren Berichte und weiterführende Publikationen gibt es im Internet unter: <https://panel.weizenbaum-institut.de/>

Zentrale Befunde

1 Auch im zweiten Jahr der Corona-Pandemie ist die politische Partizipation in Deutschland relativ stabil geblieben.

- \ Aktivitäten, die physische Präsenz erfordern, wie etwa die Mitarbeit in sozialen Organisationen oder die Teilnahme an Demonstrationen, sind zwar etwas zurückgegangen, doch die Bürger:innen sind weiterhin stark in den sozialen Medien politisch aktiv.
- \ Im Jahr 2021 hat jede:r Vierte politische Inhalte in sozialen Medien kommentiert oder mit anderen geteilt.
- \ In Anbetracht nationaler und internationaler Katastrophen spenden 2021 mehr Personen Geld an politische oder wohltätige Zwecke als in den Vorjahren.

2 Vertrauensverlust durch Pandemiemanagement?

- \ Trotz der lauten Kritik an den Pandemiemaßnahmen der Regierenden ist das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik nicht zurückgegangen. Im Gegenteil: Das Vertrauen in die Regierung sowie die allgemeine Demokratiezufriedenheit erweisen sich über die Zeit der Pandemie hinweg als stabil.

3 Bürger:innen engagieren sich gegen Hassrede und Falschnachrichten im Internet.

- \ Fast die Hälfte der Internetnutzer:innen wurde 2021 mit Hassrede oder Falschnachrichten konfrontiert.
- \ Ein erheblicher Teil der Internetnutzer:innen setzt sich aber auch für einen zivilen und fairen Diskurs ein: Etwa jede:r Dritte hat im vergangenen Jahr hasserfüllte Inhalte gemeldet oder sogar Gegenrede geleistet, wenn er oder sie solchen Inhalten online begegnete.

4 Geschlechterungleichheiten in der politischen Partizipation sind den Bürger:innen bewusst, eine klare Präferenz für Lösungen gibt es jedoch nicht.

- \ Frauen zeigen ein geringeres politisches Interesse und schätzen ihre politische Selbstwirksamkeit geringer ein als Männer. Sie beteiligen sich in der Regel auch weniger an politischen Aktivitäten. Allerdings berichten deutlich mehr Frauen als Männer, aus politischen oder ethischen Gründen bestimmte Produkte konsumiert oder darauf verzichtet zu haben.
- \ Unterschiede zeigen sich auch in den politischen Debatten im Netz: Mehr Männer als Frauen kommentieren und teilen politische Inhalte in sozialen Medien.
- \ Eine große Mehrheit der Frauen und Männer unterstützt Forderungen nach mehr Frauen in politischen Führungspositionen. Eine Frauenquote findet jedoch bedeutend weniger Zustimmung – auch unter Frauen.

Über diese Studie

Um die politische Partizipation in Deutschland umfassend und im Zeitverlauf beobachten und beschreiben zu können, führt das Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft in Zusammenarbeit mit der Freien Universität Berlin jährlich zwischen Oktober und Dezember eine wissenschaftliche Befragung durch. Die Untersuchung ist dabei als Panelbefragung angelegt, das heißt, dass in jedem Jahr möglichst dieselben Personen befragt werden sollen.

Im Herbst 2021 wurden insgesamt 1.595¹ telefonisch befragt, von denen etwa 34 % bereits im Vorjahr 2020 teilgenommen hatte.² Die neu hinzugekommenen Befragten wurden nach einem Zufallsverfahren aus der deutschsprachigen Bevölkerung in Deutschland ab 16 Jahren ausgewählt. In durchschnittlich knapp 30-minütigen Telefoninterviews wurden die Teilnehmer:innen danach gefragt, welche Medien sie nutzen, wie sie sich über politische Themen informieren und wie sie sich politisch engagieren. Zudem wurden allgemeine Fragen zu politischen Einstellungen gestellt und „Bürgernormen“ erfasst, also individuelle Vorstellungen davon, wie sich ein „guter Bürger“ oder eine „gute Bürgerin“ in unserer Demokratie verhalten sollte. Ergänzt wurde diese Abfrage um politikbezogene Geschlechternormen, also Meinungen darüber, welche Rolle Männer und Frauen in Gesellschaft und Politik einnehmen sollen.

Auch im zweiten Jahr der COVID-19-Pandemie konnte die Befragung im Telefonstudio der Freien Universität Berlin nur unter strengen Hygienemaßnahmen und mit einem reduzierten Stab an Mitarbeiter:innen durchgeführt werden. Um die Anzahl der Befragten zu erhöhen, wurde das Institut für Umfragen, Analysen und Data-Science (UADS) in Duisburg mit der Durchführung von rund 500 Interviews beauftragt. Alle Stichprobenteile basieren auf wissenschaftlichen Zufallsziehungen.³ Bei der Interpretation der Befunde muss berücksichtigt werden, dass auch auf Seiten der Befragten die Bedingungen während der Pandemie nach wie vor außergewöhnlich waren, was etwa die Erreichbarkeit und Antwortbereitschaft angeht. Manche Unterschiede zwischen den Jahren könnten durch solche Faktoren beeinflusst sein.

Der nachfolgende Bericht liefert einen kurzen Überblick über die zentralen Befunde der Befragung des Jahres 2021 sowie über Veränderungen gegenüber den Jahren 2019 und 2020. Weiterführende Informationen und eine ausführliche Erläuterung der Methodik finden sich hier: <https://panel.weizenbaum-institut.de/ressourcen/>

¹ Alle hier und im Folgenden berichteten und dargestellten Verteilungen sind nach dem höchsten Bildungsabschluss der Befragten gewichtet, um für die deutsche Bevölkerung repräsentative Aussagen treffen zu können.

² Der relativ geringe Anteil in 2021 erklärt sich durch die pandemiebedingt kleinere Stichprobe des Vorjahres.

³ Bei Stichprobenerhebungen sind Schlussfolgerungen auf die Gesamtbevölkerung mit einer gewissen Unschärfe belastet, die auf Zufallseffekte bei der Stichprobenziehung zurückgehen. Dieser Unschärfereich beträgt hier ca. +/- 3-Prozentpunkte. Lesebeispiel: Bei einem in der Stichprobe ermittelten Wert von 85 Prozent liegt der tatsächliche Wert in der Gesamtbevölkerung (mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 %) zwischen 82 und 88 Prozent.

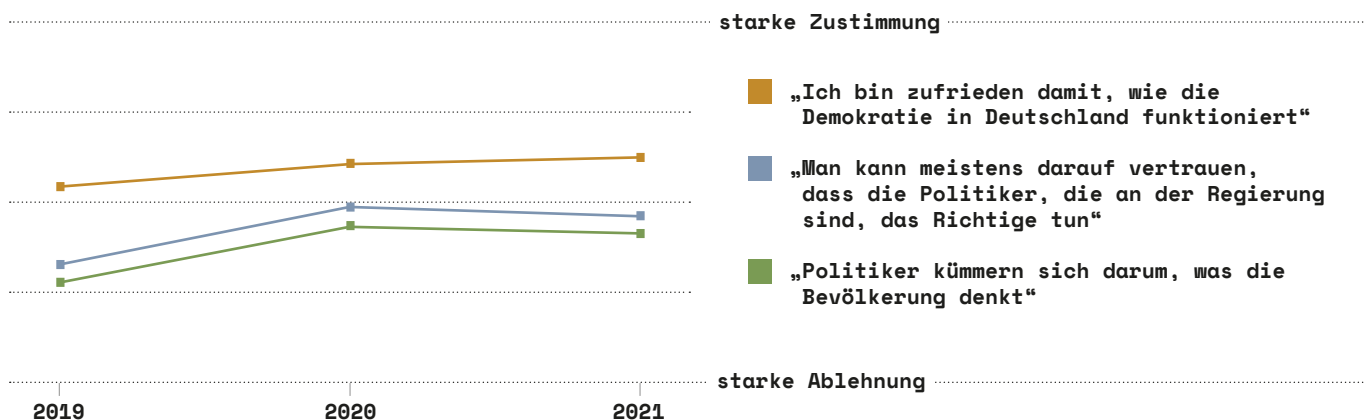
Politische Einstellungen in Deutschland

Das Weizenbaum Panel erhebt jährlich Einstellungen der deutschen Bevölkerung zu verschiedenen politischen Themen. Besonders bedeutsam sind dabei Fragen zum Vertrauen der Bürger:innen in Regierung und Politiker:innen. Die Befunde aus dem Jahr 2021 zeigen, dass nur knapp ein Drittel der deutschen Bevölkerung („sehr“ oder „eher“) darauf vertraut, dass die Politiker:innen in der Regierung grundsätzlich das Richtige tun (33 %). Ein noch kleinerer Anteil stimmt der Aussage („voll“ oder „eher“) zu, dass Politiker:innen sich darum kümmern, was die Bevölkerung denkt (28 %). Diese Zahlen zeugen von einer – aus Sicht der Bürger:innen – großen Distanz zwischen Bevölkerung und Regierenden.

Ein Vergleich zu den beiden Jahren zuvor zeigt aber auch, dass das Vertrauen in Politik und Regierung in der allgemeinen Bevölkerung durch die Pandemie nicht gesunken ist. Im Gegenteil: In 2020, dem

ersten Jahr von Pandemie und Lockdown-Maßnahmen, ist sogar ein leichter Anstieg im politischen Vertrauen zu verzeichnen. Im Gegensatz zur öffentlich sehr präsenten „Querdenker“-Bewegung und ihrer Kritik an den Regierungsmaßnahmen scheint die Bevölkerung im Durchschnitt der Regierung während der Corona-Krise mehr zu vertrauen als zuvor.

Auch Stimmen, die in der Pandemie eine Bedrohung unseres demokratischen Systems ausmachen wollen, lassen sich durch die Befunde des Weizenbaum Panels nicht bestätigen. Nur 12 Prozent der Bürger:innen zeigen sich 2021 („weniger“ oder „gar“) nicht zufrieden damit, wie die Demokratie in Deutschland grundsätzlich funktioniert. Im Vergleich zu den beiden Jahren zuvor nimmt die Demokratiezufriedenheit über die Pandemie hinweg sogar leicht zu.



Politische Einstellungen im Zeitverlauf⁴

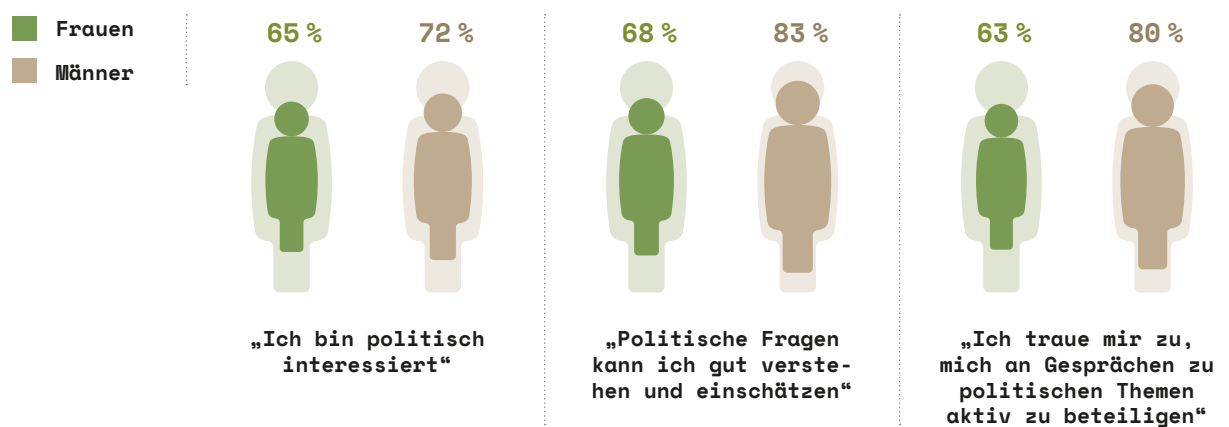
Basis: Zustimmung zu den genannten Aussagen, Antwortskala: stimme voll zu, stimme eher zu, stimme weder zu noch nicht zu, stimme eher nicht zu, stimme gar nicht zu; n=1295 (2019), n=962 (2020), n=1588 (2021)

⁴ In dieser Grafik werden keine Prozentwerte ausgewiesen, sondern standardisierte Mittelwerte, da die Variablen zum Teil mit unterschiedlichen Skalierungen erhoben wurden.

Geschlechterunterschiede in den politischen Einstellungen

Neben der Erforschung genereller politischer Einstellungen in der deutschen Bevölkerung lenkt das Weizenbaum Panel in diesem Jahr den Blick besonders auf geschlechtsspezifische Unterschiede und untersucht, inwieweit Männer und Frauen unterschiedlich über Politik denken, wie sie sich jeweils politisch informieren und auch partizipieren. Wissenschaftliche Studien weisen in diesem Zusammenhang vermehrt auf das Phänomen des sogenannten „Gender Digital Divide“ hin: Dieser Begriff beschreibt Unterschiede zwischen Männern und Frauen hinsichtlich der Nutzung digitaler Medien und politischer Partizipation im Netz. Den Studien zufolge scheinen sich Frauen online weniger häufig politisch zu äußern als Männer und politische Diskussionen im Internet häufiger zu meiden.⁵

Schon bei den zentralen Einflussfaktoren für politisches Handeln wie dem politischen Interesse zeigen sich deutliche Geschlechterunterschiede: 72 Prozent der Männer geben an, („sehr“ oder „eher“) interessiert an Politik zu sein, bei den Frauen sind es 65 Prozent.⁶ Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn Männer und Frauen danach gefragt werden, ob sie politische Fragen gut verstehen und einschätzen können: Während sich etwa 83 Prozent der Männer dies zutrauen, sind es bei den Frauen nur 68 Prozent. Auch schätzen Männer sich in politischen Gesprächen kompetenter ein als Frauen: 80 Prozent der Männer stimmen der Aussage („voll“ oder „eher“) zu, dass sie sich an politischen Gesprächen aktiv beteiligen können. Von den Frauen tun dies mit 63 Prozent deutlich weniger.



Geschlechterunterschiede in den politischen Einstellungen

Basis: Selbsteinstufung bei Interesse für Politik, fünfstufige Antwortskala, Zusammenfassung von „sehr interessiert“ und „eher interessiert“; Zustimmung zu den genannten Aussagen, fünfstufige Antwortskala, Zusammenfassung von „stimme voll zu“ und „stimme eher zu“, n=1585

⁵ Abendschön, S., & García-Albacete, G. (2021). It's a man's (online) world. Personality traits and the gender gap in online political discussion. *Information, Communication & Society*, 24(14), 2054–2074. <https://doi.org/10.1080/1369118X.2021.1962944>

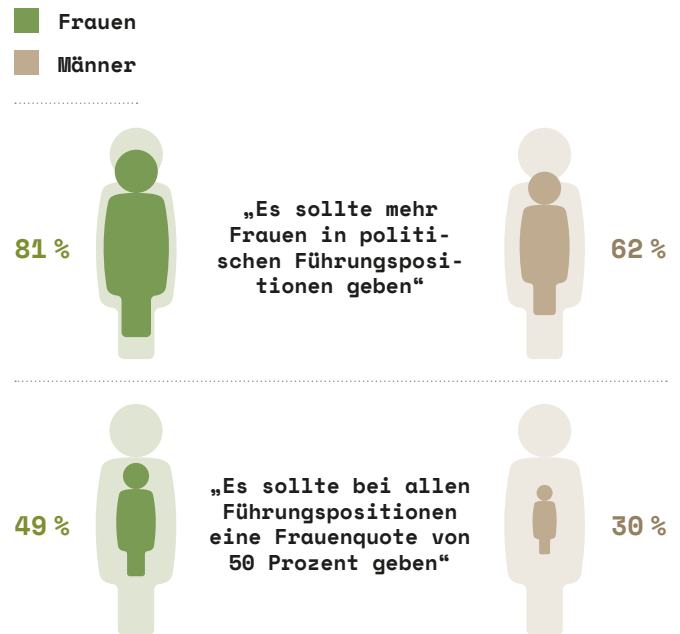
⁶ Knapp die Hälfte der im vergangenen Jahr befragten Personen (45 %) ordnet sich dem weiblichen Geschlecht zu und 55 Prozent dem männlichen. Drei Personen (0,2 %) bezeichnen sich als divers; eine Person (0,1 %) wollte keine Angabe zu ihrem Geschlecht machen. Aufgrund dieser geringen Gruppengröße werden diese vier Personen aus methodischen Gründen von den folgenden Analysen ausgeschlossen, da über sie keine repräsentativen Aussagen getroffen werden können.

In der Forschung herrscht weitgehend Konsens darüber, dass solche geschlechtsbezogenen Unterschiede nicht biologisch, sondern sozial begründet sind: Lange Zeit wurden Frauen dazu sozialisiert, sich nicht für Politik zu interessieren und ihre Meinung für unwichtig zu halten, während es bei Männern umgekehrt war.⁷ Insofern spiegeln unsere Befunde ein weit verbreitetes traditionelles Verständnis der Geschlechterrollen wider, bei dem das weibliche Geschlecht der privaten Sphäre, also Familie und Haushalt, und das männliche Geschlecht der öffentlichen Sphäre, also Beruf und Politik, zugeordnet wird.

Denken die Deutschen also immer noch, dass Frauen an den Herd und Männer an die Macht gehören? Oder können auch Frauen an der Macht sein und Männer sich um den Haushalt kümmern? Um diesen Fragen nachzugehen, wurden mit neun Fragen die Einstellungen der Deutschen zur politischen Sichtbarkeit und Beteiligung von Frauen gemessen.

Tatsächlich zeigt sich die Bevölkerung sehr interessiert an der Gleichberechtigung: So stimmt zum Beispiel die große Mehrheit der Frauen (81 %) und auch die Mehrheit der Männer (62 %) der Aussage („voll“ oder „eher“) zu, dass es mehr Frauen in politischen Führungspositionen geben sollte.

Wenn es um das Erreichen von Geschlechtergerechtigkeit geht, wird derzeit insbesondere die Frauenquote diskutiert. Dazu wurden auch die Teilnehmer:innen des Weizenbaum Panels befragt. Während die Frauenquote für Führungspositionen von insgesamt 38 Prozent der Bürger:innen befürwortet wird, findet sie allerdings unter den Frauen mit 49 Prozent deutlich mehr Zustimmung als unter den Männern, von denen nur 30 Prozent eine solche Regelung unterstützen.



Geschlechterunterschiede bei ausgewählten Einstellungen zur Gleichberechtigung
 Basis: Zustimmung zu den genannten Aussagen, Antwortskala: stimme voll zu, stimme eher zu, stimme weder zu noch nicht zu, stimme eher nicht zu, stimme gar nicht zu; Zusammenfassung von „stimme voll zu“ und „stimme eher zu“, n=1072

Konkret befragt nach geeigneten Strategien zur Verbesserung ihrer Situation in der Gesellschaft, geben nur 37 Prozent der Frauen an, dass es helfen würde, sich in Frauenrechtsgruppen politisch zu organisieren. Mit 57 Prozent findet die Mehrheit der Frauen zudem, dass sich Frauen individuell anpassen und an sich arbeiten müssen, um Geschlechterungleichheiten zu überwinden. In diesen Fragen treten lediglich marginale Geschlechterunterschiede auf.

⁷ Bos, A. L., Greenlee, J. S., Holman, M. R., Oxley, Z. M., Lay, J. C. (2022). This one's for the boys: How gendered political socialization limits girls' political ambition and interest. *American Political Science Review*, 116(2), 484–501. <https://doi.org/10.1017/S0003055421001027>

Immerhin die Hälfte der Frauen gibt an, dass Frauen ihre Situation in der Gesellschaft verbessern können, wenn sie sich im Internet vernetzen. Im Lichte von feministischen Online-Kampagnen wie #aufschrei und #MeToo sind diese Befunde besonders interessant: Auch wenn sich in der politi-

schen Partizipation bislang persistent ein „Gender Gap“ gezeigt hat, so eröffnet dieser Einstellungswandel doch eine Perspektive, in der sich das Ungleichgewicht der Geschlechter in der politischen Partizipation im Netz künftig wandeln könnte.

Politische Partizipation in Deutschland im Jahr 2021

In der aktuellen Befragungswelle des Weizenbaum Panels wurden die Teilnehmer:innen zum dritten Mal in Folge zu ihrer politischen Partizipation in den letzten zwölf Monaten befragt – ein Zeitraum, der, wie schon im Jahr zuvor, stark durch die Einschränkungen des öffentlichen Lebens im Rahmen der Bekämpfung der Corona-Pandemie geprägt war.

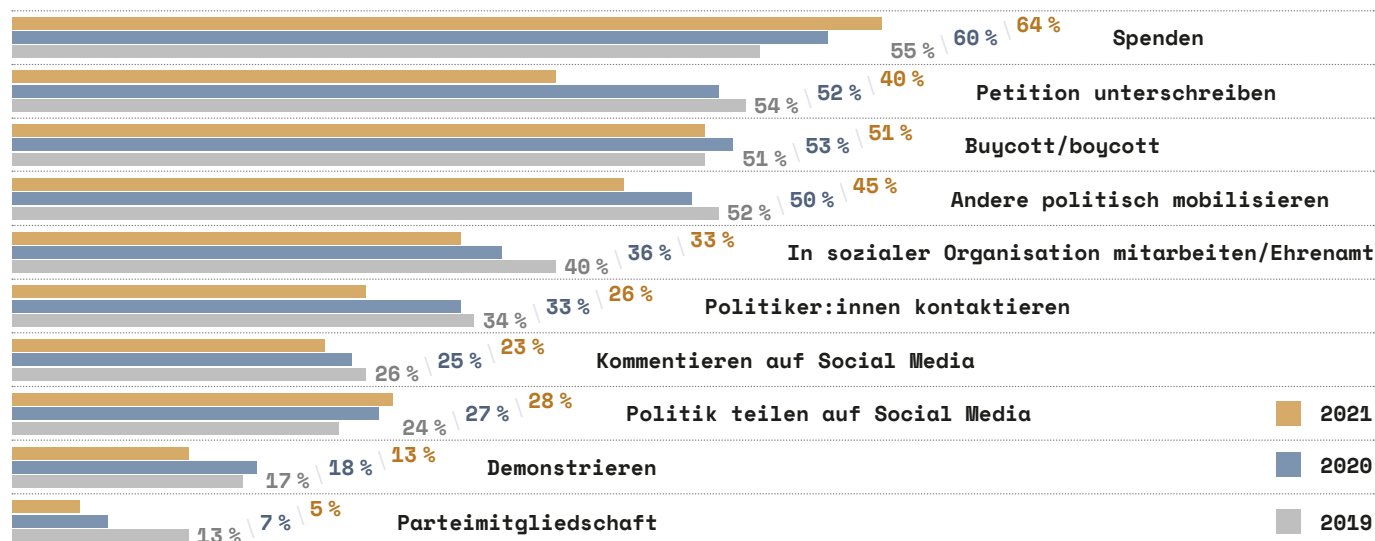
Im Vergleich zu den beiden Vorjahren 2019 und 2020 sind viele Aktivitäten in der Tendenz leicht rückläufig⁸: So geben zum Beispiel Ende 2021 nur noch 13 Prozent der Bürger:innen an, in den letzten zwölf Monaten an Demonstrationen teilgenommen zu haben, fünf Prozentpunkte weniger als im Vorjahr. Auch die Mitarbeit in sozialen Organisationen ist erneut zurückgegangen; der Boykott von Produkten aus politischen oder ethischen Gründen wurde ebenfalls geringfügig weniger praktiziert.

Gegenläufig ist die Tendenz nur beim Teilen politischer Inhalte in den sozialen Medien und dem Spenden von Geld für soziale oder gemeinnützige Zwecke. Tatsächlich war der von der Befragung abgedeckte Zeitraum von mehreren strengen Lockdowns und, nach über einem Jahr Pandemie, relativ

hoher Belastung, gefühlter Hilflosigkeit und vermindertem Wohlbefinden in großen Teilen der Bevölkerung geprägt, was möglicherweise ein Grund für das leicht zurückgegangene politische Engagement ist.⁹ Zudem dominierte die Corona-Pandemie über lange Zeit die öffentliche Debatte, sodass andere politische Themen deutlich in den Hintergrund rückten, die unter anderen Umständen möglicherweise mehr politische Partizipation mobilisiert hätten. Im Sommer 2021 ereigneten sich dann einige Krisen politischer und humanitärer Natur, wie das Ende des Afghanistan-Einsatzes und die Flucht vieler Afghan:innen aus dem Land sowie auch die Jahrhundertflut im Ahrtal, die in vielen Menschen Empathie und Hilfsbereitschaft weckten und zum Teil das Wachstum an Spenden gegenüber dem Rückgang sonstiger Aktivitäten erklären könnten.

⁸ Bei der Interpretation ist der o. g. statistische Unsicherheitsbereich zu beachten: Hier sind nur Unterschiede ab etwa sechs Prozentpunkten statistisch signifikant.

⁹ COVID-19 Snapshot Monitoring (COSMO). Lebenszufriedenheit, Belastung und psychische Ressourcen, Stand: 18.03.2022. <https://projekte.uni-erfurt.de/cosmo2020/web/topic/vertrauen-zufriedenheit-ressourcen/20-belastungen/> (Zugriff: 02.06.2022).



Ausgeübte Formen politischer Partizipation

Basis: Ausübung einer genannten politischen Aktivität innerhalb der letzten 12 Monate, ja-/nein-Antworten; n=1588

Geschlechterunterschiede in der politischen Partizipation

Ein Blick auf das Geschlechterverhältnis bei den verschiedenen politischen Aktivitäten zeigt ein Geschlechtergefälle zugunsten der Männer. Lediglich der gezielte Konsum beziehungsweise der Verzicht auf bestimmte Produkte aus politischen oder ethischen Gründen (Buycott/Boycott) wird von signifikant mehr Frauen (56 %) als Männern (46 %) betrieben. Hingegen sind mit sieben Prozent gegenüber vier Prozent deutlich mehr Männer als Frauen Mitglied einer Partei. Diesbezüglich bestätigen die Daten des Weizenbaum Panels zahlreiche nationale und internationale Studien, die zeigen, dass sich Frauen stärker in informellen Kontexten wie dem politischen Konsum engagieren und sich weniger an institutionalisierten Formen der Partizipation beteiligen, zu denen die Parteimitgliedschaft zählt.¹⁰

Zudem haben sich Frauen mit 29 Prozent in 2021 deutlich weniger in sozialen Organisationen engagiert als Männer, von denen dies 36 Prozent angegeben haben. Da einigen Studien zufolge die Hauptlast der familiären Sorgearbeit in der Pandemie bei Frauen und Müttern liegt¹¹, ist der Mangel an Zeit und Ressourcen, die für ehrenamtliches Engagement aufgebracht werden müssen, eine mögliche Erklärung dafür. Überdies haben deutlich weniger Frauen (21 %) als Männer (30 %) Politiker:innen kontaktiert, an Demonstrationen teilgenommen (Frauen: 11 %, Männer: 14 %) oder politische Inhalte in den sozialen Medien kommentiert (Frauen: 19 %, Männer: 26 %).

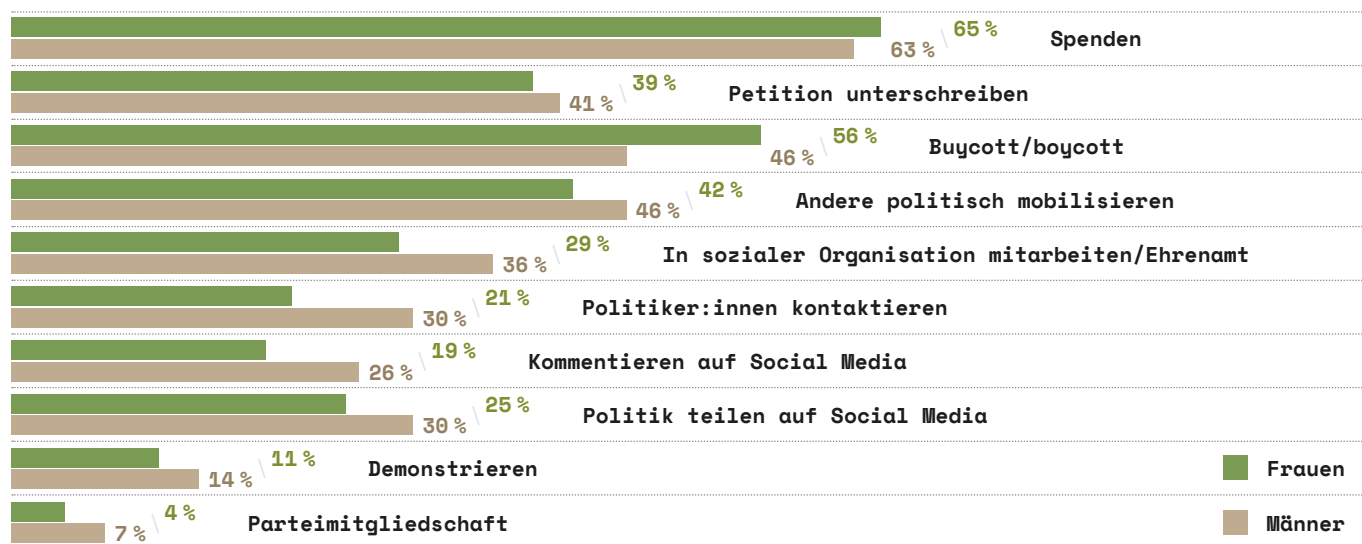
Vor dem Hintergrund der oben dargestellten Einstellungen zu geschlechterpolitischen Fragen, wonach

¹⁰ Coffé, H., & Bolzendahl, C. (2010). Same game, different rules? Gender differences in political participation. *Sex Roles*, 62, 318–333. <https://doi.org/10.1007/s11199-009-9729-y>

¹¹ Kohlrausch, B., & Zucco, A. (2020). Die Corona-Krise trifft Frauen doppelt. Weniger Erwerbseinkommen und mehr Sorgearbeit. Wirtschafts- und sozialwissenschaftliches Institut: Policy Brief 40. https://www.wsi.de/fpdf/HBS-007676/p_wsi_pb_40_2020.pdf
 UN Women (2020). From insights to action. Gender equality in the wake of COVID-19. New York: UN Women. https://www.unwomen.de/fileadmin/user_upload/Corona/gender-equality-in-the-wake-of-covid-19-en.pdf (Zugriff: 14.04.2022)

die politische Sichtbarkeit und Beteiligung von Frauen von der Mehrheit deutlich befürwortet wird, erscheinen die Befunde zur unterschiedlichen Beteiligung von Frauen und Männern zumindest paradox. Allerdings sind diese Ergebnisse auch ein Zeugnis des fortschreitenden Wertewandels: In früheren Untersuchungen waren

die Unterschiede zwischen Männern und Frauen noch deutlich größer.¹² Im Rahmen des Weizenbaum Panels wird es möglich sein, diese Entwicklung weiterhin zu beobachten und überdies Faktoren zu bestimmen, die zu einer Verringerung oder Vergrößerung geschlechterspezifischer Unterschiede in der politischen Partizipation beitragen.



Geschlechterunterschiede in der politischen Partizipation

Basis: Ausübung einer genannten politischen Aktivität innerhalb der letzten 12 Monate, ja-/nein-Antworten; n=1585

Der Umgang mit Hassrede und Falschnachrichten

Hass und Falschnachrichten in sozialen Netzwerken waren auch im Jahr 2021 ein zentrales Thema. Im Kontext der COVID-19-Pandemie kursierten insbesondere in sozialen Medien zahlreiche Verschwörungsmythen und Falschnachrichten, auch Hass auf Politiker:innen, Wissenschaftler:innen und andere von Gegnern staatlicher Schutzmaßnahmen als Feinde identifizierte Personen war und ist ein erhebliches Problem.

So hat ein großer Teil der Internetnutzenden in 2021 Hasskommentare gesehen (43 %), wenn auch zu einem etwas geringeren Teil als in den Vorjahren. Jeweils etwa ein Drittel dieser Personen gibt an, innerhalb des letzten Jahres Gegenrede geleistet zu haben (39 %) oder solche Kommentare den Plattformen gemeldet zu haben (32 %). Fragt man dabei nach der Häufigkeit dieser Aktivitäten, so zeigt sich, dass dies meist keine regelmäßige Tätigkeit

¹² Coffé, H., & Bolzendahl, C. (2010). Same game, different rules? Gender differences in political participation. *Sex Roles*, 62, 318–333. <https://doi.org/10.1007/s11199-009-9729-y>

Jennings, M. K. (1983). Gender roles and inequalities in political participation: Results from an eight-nation study. *Western Political Quarterly*, 36(3), 364–385. <https://doi.org/10.2307/448396>

Schlozman, K. L., Burns, N., & Verba, S. (1999). „What happened at work today?“. A multistage model of gender, employment, and political participation. *The Journal of Politics*, 61(1), 29–53. <https://doi.org/10.2307/2647774>

ist: Nur etwa acht Prozent leisten mehrmals pro Woche oder häufiger Gegenrede oder melden Hasskommentare bei den Plattformen.

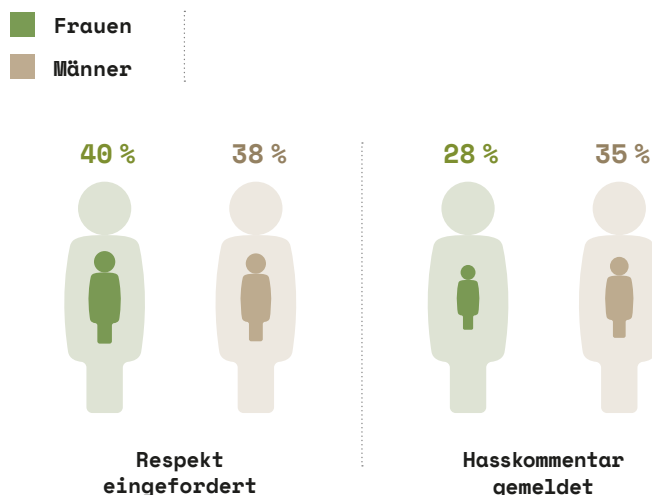
Mit Falschnachrichten gehen die Internetnutzenden etwas anders um: Das Melden spielt hier eine geringere Rolle; nur etwa 20 Prozent derjenigen, denen Falschnachrichten im Internet begegnet sind, haben solche im letzten Jahr gemeldet. Etwa zwei Drittel haben jedoch mit anderen über diese Falschnachricht-

ten gesprochen und davor gewarnt (64 %) und verdächtige Nachrichten selbst überprüft (68 %). Auch hier handelt es sich jedoch eher um gelegentliches Einschreiten: Der Anteil derjenigen, die andere Nutzer:innen mehrmals pro Woche oder häufiger warnen, liegt ebenfalls nur bei etwa acht Prozent. Etwas höher ist mit 16 beziehungsweise 13 Prozent der Anteil derjenigen, die mehrmals wöchentlich oder häufiger selbst Falschnachrichten prüfen oder melden.

Geschlechterunterschiede im Umgang mit Hassrede und Falschnachrichten

Der Vergleich zwischen Männern und Frauen offenbart auch im Umgang mit Hassrede und Falschnachrichten Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Besonders auffällig: Mehr Männer (46 %) als Frauen (38 %) geben an, 2021 Hasskommentare im Internet gesehen zu haben. Bei der Begegnung mit Falschnachrichten im Internet ist dieser Unterschied sogar noch etwas größer (Frauen: 34 %, Männer: 48 %). Ein Grund dafür könnte sein, dass Männer generell häufiger als Frauen Online-Foren und Kurznachrichtendienste nutzen, was wiederum die Wahrscheinlichkeit erhöht, mit solchen Inhalten konfrontiert zu werden.¹³

Im Umgang mit Hasskommentaren unterscheiden sich Männer und Frauen allerdings kaum. Ähnlich viele Frauen wie Männer haben sich 2021 in Online-Diskussionen gegen Hass und Hetze ausgesprochen (Frauen: 40 %, Männer: 38 %). Nur die Meldefunktionen der Plattformen nutzen Männer etwas häufiger als Frauen, wenn sie mit Hassrede konfrontiert werden (Frauen: 28 %, Männer: 35 %). Bei der Warnung anderer Nutzer:innen vor Falschnachrichten und dem Melden derartiger Inhalte an Plattformen gibt es keine Unterschiede.



Geschlechterunterschiede beim Umgang mit Hasskommentaren

Basis: Ausübung einer der genannten Aktivitäten innerhalb der letzten 12 Monate, ja-/nein-Antworten; n=614

¹³ Costello, M., Barrett-Fox, R., Bernatzky, C., Hawdon, J., & Mendes, K. (2020). Predictors of viewing online extremism among America's youth. *Youth & Society*, 52(5), 710–727. <https://doi.org/10.1177/0044118X18768115>